

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **33 (1953-1954)**

Heft 1

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Lage

Die *Märzsession der Bundesversammlung* hat im Bereiche der vielumstrittenen Vorlage über die *Durchführung einer beschränkten Preiskontrolle* eine recht erfreuliche Wendung gebracht, indem der Nationalrat mit dem Verhältnis von 91 zu 57 Stimmen den Antrag der Kommissionsmehrheit zu Art. 3 der Vorlage, welchem sich nachträglich auch der Bundesrat angeschlossen hatte, annahm und damit in der Frage der Lockerung der Mietzinsbindungen einen wohl entscheidenden Schritt vorwärts getan hat. Nach der nunmehr vorliegenden Fassung enthält Art. 3 der Vorlage den bestimmten Auftrag an die Verwaltung, die Mietpreise vom Jahre 1954 ab mit generellen Mietzinserhöhungen zu lockern, während, wie man weiß, im ursprünglichen Vorschlag des Bundesrates, der dann von der im wesentlichen sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kommissionsminderheit übernommen worden ist, nur eine Kann-Vorschrift festgelegt war. Dabei sind der Zeitpunkt und das Ausmaß der Erhöhung nach dem Wortlaut des Artikels «unter Berücksichtigung der Entwicklung der Lebenshaltungskosten und der Einkommensverhältnisse» festzusetzen. Wichtig ist dabei, daß mit Bezug auf die generelle Lockerung der Mietpreisbindungen nicht mehr auf den Leerwohnungsbestand abgestellt werden soll, wie es der Vorschlag des Bundesrates vorgesehen hatte. Vielmehr ist der Leerwohnungsbestand nur mehr zu berücksichtigen in den folgenden zwei Fällen: Freigabe einzelner Kategorien von Mietobjekten und regionale oder örtliche Freigabe von Mieten. Eine zweite Minderheit, diesmal von bürgerlicher Seite, hatte in bezug auf den Beginn der Bewilligung von Mietzinserhöhungen den Antrag gestellt, es sei zu sagen statt «ab 1954» «erstmal im Laufe des Jahres 1954». Dieser bedeutend weitergehende Antrag ist aber mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Die Vorlage geht nun, mit dieser erfreulichen Verbesserung, an den Ständerat, der sie in der Junisession behandeln wird. Nach Lage der Dinge ist nicht anzunehmen, daß dann wieder eine Verschlechterung eintritt, es ist vielmehr damit zu rechnen, daß die Vorlage in dieser Fassung von der Bundesversammlung endgültig beschlossen wird. Nun will sich freilich die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Opposition mit dieser Sachlage nicht zufriedengeben. Einmal kündigt sie an, sie wolle gegen die Vorlage das Referendum ergreifen — was man bereits weiß —, zum andern aber, also neu, kommt hinzu ein jüngster Beschluß des sozialdemokratischen Parteivorstandes, es sei gleichzeitig mit dem Referendum eine Initiative zur eindeutigen Verankerung der Mietpreiskontrolle in der Verfassung zu lancieren. Natürlich ist eine solche Initiative angesichts der überwiegenden Anzahl jener Mieter, die von den billigen Altwohnungen profitieren, ernst zu nehmen, während andererseits darauf hinzuweisen ist, daß die vom Nationalrat beschlossene Fassung der entsprechenden Bestimmung, so wie sie vor-

aussichtlich aus den Beratungen der Bundesversammlung endgültig hervorgehen wird, doch wohl alle jene Kautelen enthält, die auch ein hartgesottener Altmietler vernünftigerweise in diesem Falle erwarten kann. Es wird sich also bürgerlicherseits darum handeln, zu Handen der Volksabstimmung diese Punkte klar herauszustellen und für eine weitgehende Aufklärung zu sorgen. Gelingt es dann, die Vorlage trotz der Gegnerschaft auch in der Volksabstimmung durchzubringen — was doch möglich sein sollte —, so ist kaum mehr einzusehen, was mit der vom sozialdemokratischen Parteivorstand in Szene zu setzenden Initiative noch angerichtet werden soll. Bis nämlich jene Initiative dann normalerweise zur Volksabstimmung kommt, dürfte sich die Lockerung der Mietpreise doch wohl in einem Maße eingelebt haben, daß die Gefahr in weitgehendem Maße beschworen erscheint.

Über die Vorlage betreffend die *Neuordnung der Bundesfinanzen*, so wie sie nunmehr aus den Beratungen des Nationalrates in der Märzsession hervorgegangen ist, läßt sich kaum etwas Schlüssiges sagen, bis auch der Ständerat gesprochen hat, wo doch in verschiedenen Punkten, so beispielsweise bei der Festlegung des Termins für die Geltung der Warenumsatzsteuer und der direkten Bundessteuer, ferner in der Frage der Ausgleichsteuer, die vom Nationalrat vorläufig beschlossen worden ist, wie auch bezüglich der Besteuerung des Bieres, noch verschiedene Änderungen eintreten können. Dagegen muß aus allgemeinen und grundsätzlichen Erwägungen jener Ausspruch festgehalten werden, welchen der Chef des Finanzdepartementes, Bundesrat Weber, kürzlich in einem Vortrag getan hat. Der sozialdemokratische Bundesrat erklärte hier kurzerhand, der Staat habe seine Einnahmen nach den Ausgaben zu richten und nicht umgekehrt. Angesichts der im allgemeinen eher zurückhaltenden Art dieses bundesrätlichen Sprechers mag man sich hier und dort ob der Offenherzigkeit verwundern, mit der hier einmal die wahren Absichten der sozialdemokratischen Politik enthüllt worden sind. Aber jedenfalls ist es gut, daß dies in so klarer und greifbarer Weise geschehen ist, und es ist gewiß, daß dieser Ausspruch auf bürgerlicher Seite in der Erinnerung bleibt und eine nachhaltige Wirkung ausüben wird.

Im Verlauf der Märzsession ist auch *die außenpolitische Lage unseres Landes* wieder einmal zur Darstellung gekommen, und der Zeitpunkt erschien wohl gegeben, von bundesrätlicher Seite unseren Standort vor dem Inland und dem Ausland festzulegen. Dabei interessieren vor allem die Ausführungen über die Haltung der Schweiz vor der oftmals rasch wechselnden internationalen Situation. Auch wurde der Inhalt und die Bedeutung unserer Neutralität zum andern Male klar festgelegt und hier vor allem unterstrichen, daß eine Gesinnungsneutralität auch in dem heutigen Falle für uns nicht in Frage kommt, während wir andererseits darauf achten, politisch unsere Stellung zwischen den Blöcken zu halten und vor allem im Kriegsfall nicht die Sache einer Partei zu ergreifen. Daß die Schweiz einen Teil Westeuropas bildet, wurde klar dargelegt, ebenso klar aber auch, daß sie sich bemüht, mit allen Ländern gute Beziehungen zu unterhalten. «Unser vorherrschender politischer Gedanke ist die Toleranz», erklärte der bundesrätliche Sprecher, und er hat damit sicher allen jenen Hörern und Lesern aus dem Herzen gesprochen, die sich zu einer wahrhaft freiheitlichen Grundauffassung bekennen. Klar wurde auch das Ausmaß unserer Zusammenarbeit im Rahmen der internationalen Institutionen unterstrichen. Die deutlichen Vorbehalte, welche von bundesrätlicher Seite gegenüber der am 10. Februar 1953 in Kraft getretenen «Euro-

päischen Kohle- und Stahlgemeinschaft» angebracht wurden, dürften besonders in Wirtschaftskreisen lebhaft Zustimmung finden. Vor allem wird die Versorgung mit Kohle und Stahl in Mangelzeiten, die Festlegung der Preise und das Problem der Transporte unsere ständige Beachtung verdienen, und man wird es deshalb sicher begrüßen, daß sich der Bundesrat entschlossen hat, bei den Behörden der Montanunion eine dauernde Vertretung zu errichten.

In den letzten Wochen haben verschiedene *kantonale Wahlen* stattgefunden, aus denen aber im allgemeinen keine wesentlichen Verschiebungen hervorgegangen sind. Die Wahlen in Basel-Stadt ergaben eine Verstärkung der Stellung des bürgerlichen Blocks, und das gleiche ist aus dem Kanton Aargau zu berichten. Eine bestimmte Beachtung finden die Wahlen, die in den Kantonen Waadt und Wallis stattfanden. In beiden Fällen mußten die Regierungsparteien einige Verluste in Kauf nehmen. Dazu kam besonders im Wallis die Bildung einer besondern Opposition, die zweifellos der Linken zugerechnet werden muß. Es handelt sich um eine Bewegung von Kleinbauern und Arbeitern, die im wesentlichen auf eine gewisse kommunistische Agitation unter dem ehemaligen Waadtländer Nationalrat Houriet zurückzuführen ist. Es wird sich nun zeigen müssen, ob diese Bauerngruppe, die aus der ehemals kommunistisch beeinflussten «Union des producteurs du Valais» hervorgegangen ist, auch auf dem politischen Felde zusammenhält. Sicher ist durch die Bildung dieser Gruppe und ihre beachtlichen Erfolge die Verstärkung der interventionistischen Richtung nunmehr in einem weiteren Kanton der *Westschweiz* deutlich geworden. Dieser Umstand ist leider geeignet, den Eindruck zu bestätigen, den man schon seit längerer Zeit von der politischen Entwicklung in der Westschweiz erhalten mußte: daß nämlich dort, wo früher das föderalistische Streben nach unbedingter Selbständigkeit gegenüber Bern eine feste Heimstatt hatte, unter dem Druck der Entwicklung im Bereiche der Landwirtschaft, hier insbesondere des Weinbaus, eine Umschichtung eingetreten ist, die mehr und mehr ernst genommen werden muß.

* * *

Anlässlich des *Todes von Marschall Stalin* sind mannigfache Kommentare veröffentlicht worden, denen aber, so weit erkennbar, kaum etwas anderes zu entnehmen ist als die Feststellung, daß niemand über die Bedingungen der weiteren Entwicklung im russischen Bereich wirklich Bescheid weiß. Das ist weiter nicht erstaunlich, werden doch die Zusammenhänge gerade in diesem Falle nicht vor der Öffentlichkeit ausgebreitet. Zumindest wird eine lange Zeitspanne, vielleicht eine Zeitspanne von Jahren, vorübergehen, bis die Beobachter die Möglichkeit haben, wirklich klar zu sehen. Es gibt Leute, die in Rußland einen Machtkampf voraussehen wollen, und andere, die das bestreiten. Gewiß ist vorläufig nur, daß man es für die nächste Zeit auch in Rußland mit einem kollektiven Organ der obersten Regierungsführung zu tun hat, und ebenso der obersten Parteiführung. Hier zeigt sich eine bemerkenswerte Parallele. Mit dem Wiederaufleben des Politbureaus ist nämlich, wie ein Beobachter feststellt, in der Sowjetunion eine ähnliche Organisation entstanden wie in den Vereinigten Staaten, wo der Präsident vor einigen Wochen ebenfalls eine Art «Gehirn-Trust» aufgestellt hat, indem er sieben engere Berater um sich berief, von denen aber keiner der Regierung angehört.

Unter den Kommentaren, die anlässlich des Todes Stalins erschienen sind, dürfte die Beurteilung wohl einigermaßen zuverlässig sein, die der bekannte Publizist Walter Lippmann bei seiner Würdigung der neuen Sachlage anstellt. Auch er sieht einen Machtkampf voraus, welcher lang, schwer und von weltgeschichtlicher Tragweite und dessen Endergebnis für alle Völker von überragender Bedeutung sein werde. Zugleich warnt er aber davor, daß man etwa im Westen glaube, diese Sachlage ausnützen zu können. Er ermahnt alle Männer, die das öffentliche Leben oder die öffentliche Meinung beeinflussen,

«sich in diesen schicksalsschweren Tagen an die striktesten Regeln des Verantwortungsbewußtseins zu halten, d. h. der vollen Verantwortlichkeit ihrer Taten und Äußerungen eingedenk zu sein, alles unüberlegte Gerede, alle Gesten, alle Drohungen, Versprechungen, Prophezeiungen und Provokationen zu meiden».

Vor allem möge man sich, so sagt er, nicht etwa der Täuschung hingeben, daß die Sowjetunion nicht mehr fähig sei, zu reagieren.

Fast scheint es, als habe man an verschiedenen Orten diese wohl durchaus zeitgemäßen Mahnungen bereits beherzigt. So ist es in den Vereinigten Staaten recht stille geworden um verschiedene Angelegenheiten, welche die Gemüter doch mächtig bewegt hatten. Man hört nicht mehr viel von den Problemen um *Formosa*, und im Bereiche der Resolution gegen *Yalta* ist es ganz still geworden. Es möchte beinahe scheinen, daß Eisenhower dem Ratschlag gefolgt sei, welchen der Londoner «Economist» kürzlich äußerte, als er dem amerikanischen Präsidenten den Rat gab, «seine Seelenkriegsführer an die Leine zu legen». Vielleicht hat man eingesehen, daß es gerade unter den jetzigen Umständen nicht viel Zweck hat, die psychologische Kriegführung intensiver zu gestalten.

Inzwischen wird die Diskussion über eine *gemeinsame Aussprache* der in den kalten Krieg verwickelten Staatsmänner weitergeführt, die ja noch zu Lebzeiten Stalins wieder heftig eingesetzt hatte. Man wird wohl davon ausgehen können, daß die Wendung auch gegenüber den neuen russischen Staatsmännern gilt, die der amerikanische Präsident für ein Treffen mit Stalin festgelegt hatte, daß er nämlich zu einem «Entgegenkommen auf halbem Wege» bereit sei. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man in diesem Bereiche schon in den nächsten Wochen etwas klarer sieht. Im Augenblick wenigstens macht sich bereits in gewissen Kreisen der Wirtschaft eine Stimmung bemerkbar, als ob die Rüstungskonjunktur in absehbarer Zeit doch ihrem Ende entgegengehen könnte, oder sich zum mindesten nicht unbeträchtlich verlangsamten dürfte. Wir haben bekanntlich eine solche Situation vor einigen Jahren auch schon erlebt, nämlich im Sommer 1950; der Ausbruch des Krieges in Korea hat damals einer Entwicklung ein Ende bereitet, die sich zu einer gefährlichen Wirtschaftskrise hätte ausweiten können. Man fragt sich, welchen Lauf die Dinge diesmal nehmen werden; gewiß ist nur, daß ein auch nur vorläufiges Abflauen der Rüstungswelle in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft zu nicht unerheblichen Rückschlägen führen würde. Werden die Nachfolger Stalins seine Hoffnungen in diesem Bereiche nach seinem Tode erfüllen?

Aus *Westdeutschland* vernahm man neben der Ratifikation der mit der «Europäischen Verteidigungsgemeinschaft» zusammenhängenden Verträge die erfreuliche Kunde von der Genehmigung des Wiedergutmachungsabkommens mit Israel. Es ist gewiß, daß die Zustimmung zu diesem Abkommen dem Prestige Deutschlands einen starken Auftrieb geben wird, zumal sie im westdeutschen Bundestag

mit einer sehr erheblichen Mehrheit erfolgte. Auch hat die Bundesrepublik durch die Genehmigung der Europa-Abkommen einen bedeutenden Beitrag in einer Richtung geleistet, die ebenso durchaus dem Willen und den Endzielen der Politik der Vereinigten Staaten entspricht.

In *Frankreich* scheinen bemerkenswerte politische Umschichtungen im Gange zu sein. Wie man hört, gehen die Dinge im Rahmen der Partei der Volksrepublikaner, also des «Mouvement Républicain Populaire» (MRP), allmählich einer Krise entgegen. Bei den Wahlen in den ersten drei Jahren nach der Befreiung hatte die französische Geistlichkeit offen Partei für die katholischen Volksrepublikaner ergriffen. In Rom glaubte man daraus die Erwartung ableiten zu dürfen, daß Bidault und Robert Schuman eine Rolle wie Adenauer oder de Gasperi spielen würden. Je mehr aber bei den verschiedenen Wahlen das MRP an Stimmen verlor, um so mehr zeigte der Klerus Zurückhaltung gegenüber dieser Partei, die seit den Jahren 1950 und 1951 auf ihrem linken Flügel zu radikal, auf ihrem rechten Flügel aber zu konservativ geworden ist. Es scheint sich nun zu bestätigen, daß der frühere französische Ministerpräsident Pinay, welcher der Partei der «Unabhängigen Republikaner» angehört, zusammen mit einem Parteifreund verschiedene Besprechungen in höheren Kreisen des Vatikans führte, mit der Absicht, den Einfluß des Klerus bei den kommenden Wahlen in dem Sinne umzustellen, daß die katholischen Wähler in Zukunft vorwiegend dieser Rechtspartei zugeführt werden. Nachdem die innerpolitische Entwicklung in Frankreich sich in den letzten Monaten ohnehin mehr und mehr der Rechten zuwendet, ist es nicht unmöglich, daß sich durch die Initiative dieser beiden Politiker in Rom Entwicklungen abzeichnen, welche in der Zukunft bedeutungsvoll werden können. Auch die Bewegung de Gaulles würde von solchen Einflüssen nicht wenig zu spüren bekommen. Vielleicht erkennt man davon schon etwas bei den Gemeindewahlen in Frankreich, welche im Laufe des Monats Mai dieses Jahres ablaufen werden. Vor allem aber sind solche Entwicklungen in Betracht zu ziehen im Hinblick auf die Konstellation, die sich für die Wahl des neuen Präsidenten der Französischen Republik ergeben soll, welche im Dezember 1953 stattfindet.

Jann v. Sprecher

Bericht aus Westdeutschland

Zwischen der zweiten und dritten Lesung der

Ratifikationsgesetze in Bonn

sind einige Ereignisse auf der internationalen Bühne geschehen, die wie der Amtsantritt Eisenhowers vor auszusehen waren. Nicht vor auszusehen waren die französischen Zusatzprotokolle, das magere Ergebnis der Konferenz von Rom und schließlich der Tod Stalins. Alle diese Ereignisse überschatteten die sechsstündige Debatte im Bundeshaus, und obwohl es dem Kanzler gelang, die Mehrheit für die Verträge gegenüber den Dezemberabstimmungen noch zu steigern, konnte der ostentative Beifall bei der Verkündung der Abstimmungsergebnisse doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine echte Freude über dieses Ergebnis nicht aufkam, wenn man von der Genugtuung absieht, die mit einer Niederlage des innerpolitischen Gegners nun einmal verbunden zu sein pflegt.

Die Ungewißheiten sind sämtlich übriggeblieben. Wir wissen in Deutschland noch nicht, wie die Klippen des Bundesrates und des Karlsruher Verfassungsgerichtes umschifft werden können, obwohl die Regierung einige Pläne zu haben scheint. Sonst wäre die Warnung Ollenhauers vor einer Uberrumpelung ja gegenstandslos gewesen. Eine Uberrumpelung würde die Opposition etwa darin sehen, wenn am Tage nach der möglichen Zustimmung des Bundesrates der Bundeskanzler die Gesetze dem Bundespräsidenten Heuß vorlegen und dieser die Verträge unterschreiben und ratifizieren würde, ohne das Ergebnis der Normenklage der Sozialdemokratie in Karlsruhe abzuwarten, die ja erst an diesem gleichen Tage, also nach Zustimmung des Bundesrates, eingereicht werden kann. In der Sorge der Opposition vor einer solchen Uberrumpelung ist sogar schon der Gedanke einer einstweiligen Verfügung aufgetaucht, mit dem das Bundesgericht dem Bundespräsidenten die vorzeitige Unterschrift verbieten sollte. Nun kann man sich nicht vorstellen, daß der Demokrat Heuß ein solches Spiel, falls überhaupt jemand ernstlich daran gedacht hätte, mitmachen könnte, aber rein juristisch und theoretisch wäre ein solcher Weg tatsächlich möglich. Wir hätten dann die absurde Situation, daß wir durch internationale Verträge zur Aufstellung eines Wehrbeitrages verpflichtet wären, daß aber in Deutschland selbst die Gesetze zur Aufstellung militärischer Einheiten wenige Wochen darauf für ungültig erklärt werden könnten. Das wäre die Staatskrise und es könnte die Volkskrise werden, und eine derartige Zuspitzung kann niemand wünschen. Dies um so weniger, als ja auch dann keine Sicherheit besteht, daß Frankreich die Verträge ratifiziert. So ist es nur logisch, daß trotz dem Bekenntnis der großen Bundestagsmehrheit zur EVG-Lösung

die Suche nach der Alternativlösung

verstärkt im Mittelpunkt der politischen Bemühungen steht. Durch den Vorschlag Ollenhauers hat sich eine Möglichkeit geboten, noch einmal den Versuch zu machen, eine überparteiliche Wehrpolitik zu begründen und den zukünftigen deutschen Soldaten mit Zustimmung der Sozialdemokratie aufzustellen. Es ist begreiflich, daß die Regierung Adenauer sich davor scheut, sich schon jetzt offiziell mit einem Alternativvorschlag zu beschäftigen. Es ist aber ein offenes Geheimnis, daß auf der Amerikareise Adenauers es zum Hauptthema seines Gesprächs mit Eisenhower werden muß, was geschehen soll, wenn der EVG-Vertrag an Frankreich scheitert. Der Vorschlag Ollenhauers zielt in die Richtung, die integrierte Europaarmee durch eine Koalitionsarmee zu ersetzen und statt der supranationalen Behörden mit einem Ministerrat der verbündeten Regierungen genau so zu arbeiten, wie dies im Atlantikpakt der Fall ist. Nur eine solche Methode würde es England, Dänemark und Norwegen möglich machen, einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft beizutreten, in der sie dann ja ihre Souveränität nicht verlieren, sondern nur in genau demselben Maße einschränken würden, wie sie es bereits im Atlantikpakt getan haben. Da die Bonner Regierung glaubt, sich offiziell mit solchen Plänen nicht beschäftigen zu können, ohne an internationalem Vertrauen als Vorkämpfer für die bisherige EVG-Lösung zu verlieren, da die Bonner Regierung auch Frankreich nicht den Vorwand liefern möchte, die Verantwortung für ein Scheitern der EVG abzuschieben, wäre es Sache nicht der Regierung, sondern eines Arbeitsausschusses der Parteien einschließlich der Sozialdemokratie, sich mit der Frage zu beschäftigen, welche Alternativlösung die Zustimmung der SPD finden könnte, wenn Frankreich tatsächlich nicht die jetzigen Verträge ratifizieren sollte. Durch den

Tod Stalins

hat sich nun aber noch eine andere Ungewißheit verstärkt, nämlich die über die Rückwirkung der Westverträge auf die Frage der deutschen Einheit. Kein Nach-

folger von Stalin, der sich noch nicht persönlich die gleiche Autorität erworben hätte, kann heute eine Konzession machen, die über eine von Stalin geplante Konzession hinausginge. Mit anderen Worten: kein Nachfolger Stalins kann einer Lösung zustimmen, unter der die militärische Front des Atlantikpaktes bis an die Oder vorverlegt wird. Es kann also mit einer Räumung der deutschen Sowjetzone nur gerechnet werden, wenn das wiedervereinigte ganze Deutschland einen anderen militärischen Status zwischen den Mächtegruppen erhält, als er für das halbe Deutschland unter den Westverträgen vorgesehen ist. Auf der anderen Seite könnte ein Nachfolger Stalins sich aber gerade die ihm noch fehlende Autorität erwerben, wenn es ihm gelänge, etwas zu erreichen, was Stalin selbst gewollt, aber nicht erreicht hat. Hier liegt die aktuelle Verbindung zu der ersten Stalinnote vom März 1952. Man hat nicht vergessen, daß auch die Furcht — aus dem Gefühl der Einkreisung heraus — ein Motiv jenes russischen Vorschlages war, dem ganzen Deutschland eine Nationalarmee zu geben, ihm aber ein Militärbündnis zu untersagen, das gegen eine Macht gerichtet ist, die im zweiten Weltkriege ein Gegner Deutschlands war. Die Möglichkeit, die Westverträge jederzeit durch eine solche andere Lösung mit Zustimmung Rußlands zu ersetzen, haben sich die drei Westmächte im Bonner Generalvertrage selbst vorbehalten. Aus diesem Grunde war ja auch die sogenannte Bindungsklausel des Generalvertrages im Mai 1952 24 Stunden vor der Unterzeichnung noch revidiert worden. Aus einer *Muß*-Klausel, die dem ganzen Deutschland die Verpflichtungen der Westverträge auferlegen wollte — was eine Wiedervereinigung verhindert hätte —, war gerade auch durch amerikanische Initiative eine *Kann*-Klausel gemacht worden, die jede Möglichkeit offen hielt. Hier ist nun durch den

Entwurf der Europaverfassung

eine bisher noch kaum beachtete Gefährdung deutscher Einheitsbestrebungen versucht worden. Diese Gefährdung kommt geradezu darauf hinaus, die Möglichkeiten des Generalvertrages auszuschalten, die Wiedervereinigung Deutschlands durch eine etwaige Entlassung aus dem EVG-Verhältnis zu erreichen. Wenn dieser Verfassungsentwurf europäisches Gesetz würde, so würde er dem Generalvertrage Bonns mit England, Amerika und Frankreich direkt widersprechen. Während die Westverträge für den Fall der Wiedervereinigung nicht nur die Revision vorsehen, sondern nach der Aussage Edens im Unterhause überhaupt durch ein Viermächteabkommen ersetzt werden können, würde sich die westdeutsche Bundesrepublik unter der Europaverfassung sechs europäischen Staaten gegenüber auf eine unlösliche Gemeinschaft verpflichtet haben. Neben Deutschland würde nur Frankreich zu den Unterzeichnern von zwei Verträgen gehören, die sich gegenseitig ausschließen. Glaubt man wirklich, durch eine solche Konstruktion den vorbehaltenen Einfluß Englands und Amerikas auf die Frage der deutschen Wiedervereinigung ausgeschaltet zu haben? Die Lösung setzt, wie jeder weiß, einen Vertrag Amerikas mit Rußland voraus. Entweder würde man also eine angeblich unlösbare Scheinverfassung unterschreiben oder einen etwas naiv anmutenden Vorstoß gegen die amerikanische und englische Mitbestimmung planen. Ein weiteres bedenkliches Moment kommt hinzu. Die Europaverfassung sieht den automatischen Eintritt eines wiedervereinigten Gesamtdeutschlands in die Rechte und Pflichten der geplanten europäischen Gemeinschaft vor. In ihren Rahmen sollen der Montanvertrag und der EVG-Vertrag als Konventionen eingebaut werden. Automatisch würde damit der Anspruch erhoben, auf dem Wege über die Einbeziehung der deutschen Sowjetzone die Atlantikfront an die Oder zu verlegen. Es würde also damit die *Muß*-Klausel wieder hergestellt werden, die im Generalvertrag durch eine *Kann*-Klausel vorsichtig ersetzt worden war. Dieselben Bedenken, die damals zur Abschaffung der *Muß*-Klausel führten, sind also heute gegen diese Fassung

der Europaverfassung zu erheben. Sie würde entweder die friedliche Wiedervereinigung durch ein Viermächteabkommen unmöglich machen, oder aber sie könnte eines Tages Amerika und England zwingen, die deutsche und französische Unterschrift unter die Europaverfassung zu ignorieren, weil sie gegen den Artikel 7 des Generalvertrages verstoße.

Karl Silex

Bericht aus Washington

Eisenhowers Führung

Nach den Zornausbrüchen und dem Lärm der Wahlkampagne, die in der Geschichte der USA sicher wie kaum je bei einer anderen Mißstimmung hervorriet und bei welcher die Partei des siegreichen Kandidaten behauptet hatte, das Staatsschiff sei am Sinken, ist es erstaunlich, wie behutsam Eisenhower das Steuerruder angefaßt hat. Teilweise darf man diese Tatsache seinem gesunden Verstand zuschreiben, das heißt der Einsicht, daß Trumans Politik, angesichts der tatsächlichen Verhältnisse und seiner großen Verantwortung, nicht ganz so schlecht war. Teilweise liegt die Ursache dieser Vorsicht in der Unvertrautheit des Soldaten mit der Politik. Schließlich ist sie das Ergebnis seines Vertrauens in die Möglichkeit, Differenzen durch Kompromisse aus der Welt zu schaffen und seines Glaubens, daß alle Menschen guten Willens seien und bereit zur Zusammenarbeit.

Dieser letzte Punkt wurde von vielen Leuten als Eisenhowers größter Aktivposten betrachtet. Sie hofften, es werde ihm gelingen, Menschen mit entgegengesetzten Ansichten zur Zusammenarbeit zu bewegen. In Wirklichkeit kommt jedoch die Zeit, da Kompromisse und sanfte Überredung entschlossenem Handeln weichen müssen, und viele seiner eifrigsten Befürworter warten jetzt ungeduldig auf eine Demonstration seiner Fähigkeit, mit mehr Entschlossenheit auf seine Ziele loszusteuern.

Da Eisenhower sein Amt mit der größten je von einem Präsidentschaftskandidaten erreichten Stimmenzahl angetreten hat, stützt sich sein Mandat auf ein solides Fundament, und man erwartete, daß seine «Flitterwochen» mit dem neugewählten Kongreß von ziemlich langer Dauer sein würden, besonders da ja seine Partei im Kongreß dominiert. Statt dessen sind seine Beziehungen zum Kongreß und ganz besonders zu den Leuten seines eigenen politischen Glaubens sehr dürftig. Ohne Zweifel läßt sich dies z. T. auf die Tatsache zurückführen, daß sich die Republikaner nach zwanzigjähriger Opposition zuerst wieder an die Verantwortung gewöhnen müssen. Zum Teil liegt die Schuld aber beim Präsidenten selbst, der seltsamerweise nur widerstrebend den ihm im letzten November vom Volk erteilten Auftrag ausführt.

Bei den ausführenden Organen der Regierung haben Eisenhowers Hauptmitarbeiter, von denen die meisten aus dem Großhandel und der Industrie stammen, ziemlich rasch die Führung übernommen. Es sind verschiedene neue politische Richtlinien festgelegt und einige Fortschritte erzielt worden. Zunächst werden im Aufbau der Regierung gewisse Unebenheiten geglättet. Dies entspricht sicher einer Notwendigkeit. Zweitens zeigen sich, wie zu erwarten war, gewisse konservative Tendenzen in Fragen der Wirtschaftspolitik, der Beteiligung der Regierung an der Erzeugung elektrischer Kraft und der Beziehungen zwischen Washington und den verschiedenen Staaten. Bemerkenswert ist die Beseitigung aller wirtschaftlichen Kontrollorgane. Das Ergebnis ist das Steigen der Preise. Dies bekommt sowohl

die Industrie als auch der Konsument zu spüren, und damit segelt das Land der «freien» Wirtschaft entgegen.

Beendigung des Koreakrieges?

Wenn irgend jemand geglaubt hatte, Eisenhowers Wahl sei gleichbedeutend mit der raschen Beendigung des Koreakrieges, dann ist er enttäuscht. Mit einer Ausnahme hat der neue Präsident ganz einfach die Politik seines Vorgängers weitergeführt. Diese Ausnahme ist natürlich der Befehl an die siebente amerikanische Flotte, ihre «Neutralitätspatrouille» um die Insel Formosa zu beenden. Dies war ein Schachzug der psychologischen Kriegführung, der, im Hinblick auf die militärischen Operationen, bisher weiter keine Bedeutung hatte. Jene Leute, die glauben, die nationalchinesischen Streitkräfte seien durch diese Maßnahme für eine wichtige Rolle im Fernen Osten frei geworden, unterliegen, wenigstens vorläufig, einer Täuschung. Gegenwärtig — und auch in den kommenden Monaten — bilden die Kräfte General Tschiangs nur ein unbedeutendes Gewicht auf den Schalen der asiatischen Waage.

Allerdings kann sich dieser Befehl an die Siebente Flotte im Laufe der Zeit als Anfang der neuen Politik Eisenhowers im Fernen Osten herausstellen. Dieser Schritt steht wahrscheinlich mit einer während des Wahlfeldzuges vernommenen Aussage des Präsidenten im Einklang, daß nämlich in Zukunft Asiate gegen Asiate kämpfen werde. Dies sei gleichbedeutend mit der Erhaltung amerikanischen Lebens. Bereits wird die Unterstützung Tschiangs erweitert und weitere militärische Zuwendungen an ihn und andere nichtkommunistische Kräfte in Asien scheinen zur Politik der neuen Regierung zu gehören. Wie sich diese Politik auswirken wird, kann man noch längere Zeit nicht mit Sicherheit feststellen. Inzwischen tragen die USA auch weiterhin die Hauptlast in Korea.

In Europa, wo Eisenhower mit den vielversprechenden Anfängen der NATO zu tun hatte, scheint

das Verteidigungsprogramm der Westmächte

einen kritischen Wendepunkt erreicht zu haben. Die neue Regierung wird einen Druck auf die Verbündeten ausüben, um ihre Zustimmung zur Europaarmee mit Einschluß der Deutschen zu erwirken, und man darf erwarten, daß sie ihnen weiter wirtschaftliche und militärische Hilfe in dem Maße gewähren wird, in welchem diese zur Zusammenarbeit bereit sind. Eine gewisse Einschränkung des Hilfsprogramms, wie sie von Truman vorgesehen war, ist wahrscheinlich. Die erweiterte Hilfe an Asien wird wenigstens teilweise auf Kosten Europas vor sich gehen.

Eisenhower und sein Staatssekretär Dulles waren klug genug, die Türe für weitere Verhandlungen mit der Sowjetunion offen zu lassen. Der Präsident erklärte sich bereit, mit Stalin zu verhandeln, und das Gleiche gilt ohne Zweifel auch für Malenkov, vorausgesetzt natürlich, daß Beweise vorliegen, ein solches Zusammentreffen habe Aussicht auf Erfolg. Einstweilen zeigt die neue Regierung in Washington ihre Entschlossenheit, fest zu bleiben und nicht nachzugeben; andererseits vermeidet sie jede Herausforderung.

Man darf von der neuen Regierung auch erwarten, daß sie dem Mittleren Osten besondere Aufmerksamkeit schenken wird. Es gibt einige hohe amerikanische Offiziere, die diesem Gebiet mehr Aufmerksamkeit schenken als irgend einem andern, weil es ihnen am meisten Sorgen bereitet. Es ist kein Geheimnis, daß man in den USA der Regierung Naguib Erfolg wünscht. Man darf auch annehmen, daß Washington ihr Hilfe bringen wird. In Ägypten wie in Iran wird Washington keine Anstrengung scheuen, seine Politik mit derjenigen Londons in Einklang zu bringen, obwohl dies in einigen Fällen nicht immer leicht sein wird.

Keine dieser Hauptfragen der Außenpolitik kann jedoch mit Entschlossenheit angepackt werden, bevor wichtige Entscheidungen in Washington getroffen worden sind. Während diese Zeilen geschrieben werden, fehlen auf verschiedenen Gebieten noch wichtige Beschlüsse. Der Umfang des amerikanischen Bereitschaftsprogramms für das Fiskaljahr 1954 muß noch festgelegt werden. Auch die Frage der Hilfe ans Ausland ist noch nicht gelöst. Es steht noch nicht fest, wieviel zur Verteilung kommen wird und an wen. Mit den entsprechenden Entscheidungen sind in unlösbarer Weise jene verstrickt, die sich auf die amerikanische Innenpolitik auswirken. Sollen die Steuern gesenkt werden, wie man vor der Wahl versprochen hat? Kann das nationale Budget ausgeglichen werden, wie Eisenhower sich vorgenommen? Sollen die amerikanischen Streitkräfte in rascherem oder langsamerem Tempo verstärkt werden?

Hier liegt offensichtlich

das Dilemma des Präsidenten.

Man wählte ihn nicht zuletzt wegen seiner Andeutung, imstande zu sein, die Beendigung des koreanischen Krieges zu beschleunigen und wegen seines Versprechens, die Steuern zu senken und den Regierungsapparat sparsamer zu gestalten, und weil Millionen von Stimmbürgern in ihm den Mann sahen, der unsere großen Probleme lösen könne.

In Wirklichkeit scheinen aber die notwendigen Entscheide mehr Ausgaben zu erfordern, nicht etwa weniger; mehr wirtschaftliche und militärische Hilfe an Verbündete scheint dazu notwendig, nicht weniger, und ein ausgeglichenes Bundesbudget scheint ein ferner Traum zu sein. Der neue Präsident und sein Kabinett mögen diesen Wahrheiten wohl ins Gesicht sehen, und es liegen Beweise dafür vor, daß sie dies gerade tun. Aber der von den Republikanern beherrschte Kongreß hat eine ganz andere Einstellung. Dort versuchen die Volksvertreter, von denen die meisten im November 1954 zur Wiederwahl kommen, verzweifelt, einige der unmöglichen Versprechen einzulösen, die sie während der Wahlkampagne abgegeben haben. Kurz, sie sind nun die Gefangenen ihrer eigenen oppositionellen Rednerkünste der vergangenen Jahre.

Früher oder später wird der große Kampf zwischen Präsident und Kongreß ausbrechen. Dann wird Eisenhower zeigen müssen, wie hart er ist und welches seine Fähigkeiten als politischer Führer sind. Das Land hat weiterhin großes Vertrauen in ihn. Die Wahl liegt noch nicht so weit zurück, daß die Größe seines Sieges schon vergessen wäre. Aber er muß das Steuer des Staatsschiffes sehr bald fester in die Hand nehmen, sonst entschwindet seine Chance, Herr über eine gefährliche Lage zu werden.

Richard J. Davis

Militärische Umschau

Die militärische Ausbildung im Jahre 1953

Die Wiederholungs- und Ergänzungskurse des letzten Jahres dienten vorwiegend der praktischen Einführung in die neue Truppenordnung. Mit dem Jahre 1953 beginnt wieder eine mehrere Jahre dauernde Ausbildungsperiode. Die vom EMD neu bearbeiteten Ausbildungsvorschriften betonen, daß der umfangreiche Stoff das in einem WK zu bewältigende Pensum beträchtlich überschreite. Die Kommandanten der Heeresseinheiten erlassen daher Weisungen für die *Auswahl* des

Stoffes und bezeichnen für jede WK-Gruppe das jeweilige Schwergewicht der Ausbildung und die zu erreichenden Ziele. Ähnlich wie in der Periode 1949—1951 werden für die meisten Truppen drei *Wiederholungskurstypen* im Wechsel durchgeführt:

Typ A ist der WK mit Manöverübungen ganzer Heeresseinheiten, unter Leitung der Armeekorpskommandanten. Die Manöver dienen in erster Linie der Schulung der Divisionen, denen als beweglicher Manövergegner eine Leichte Brigade oder eine motorisierte Gebirgsbrigade gegenübersteht. Für 1953 sind folgende Manöver vorgesehen: März: 7. Division gegen Leichte Brigade 3, Leitung 4. AK; Oktober: 8. Division gegen Gebirgsbrigade 11, Leitung 3. AK; November: 2. Division gegen Leichte Brigade 1, Leitung 1. AK.

Die Divisionen und Gebirgsbrigaden führen im Zeitraum von 3 Jahren je einmal Heereseinheitsmanöver durch, die Leichten Brigaden je zweimal. Neben den erwähnten Heereseinheiten nehmen an den Manövern auch Schwere Artillerieregimenter, Geniebataillone, Übermittlungsabteilungen und Straßenpolizei- der Korpstruppen teil, sowie Flieger- und Fliegerabwehrregimenter. Erstmals werden in den Manövern des 3. AK auch mobile Materialformationen eingesetzt. Die Heereseinheiten werden ferner verstärkt durch Formationen der Landwehr und des Hilfsdienstes, wie Dragoner- und Radfahrerstraßenpolizei-, Motortransport- und Reparaturformationen, Sanitätseinheiten, Rotkreuzkolonnen und FHD-Sanitätstransportkolonnen. Die Manöver-WK eignen sich auch für die Durchführung von Rahmenübungen zur Schulung des Führungsapparates und zur Koordinierung sämtlicher Übermittlungsorgane auf der Stufe der Heereseinheiten.

Typ B ist der WK mit Übungen verstärkter Regimenter gegeneinander, die indessen nicht mehr als 2 bis 3 Tage dauern sollten. Weitere Übungen auf Gegenseitigkeit dienen der Führerschulung unterer und mittlerer Verbände. Der Typ B bietet ferner Gelegenheit zur Durchführung von Feldbefestigungsübungen kleineren Umfanges im Rahmen einer Verteidigungsstellung. Sie werden zweckmäßig mit Übungen größeren Umfanges im Minen und Verminen verbunden. Die Grenadiere vertiefen die Sprengausbildung durch Ladeübungen an kleineren Objekten, Erstellen von Sprengfallen und Durchführung von Sprengdemonstrationen. Sappeure und Pontoniere führen ein Wasserwettfahren durch.

Typ C ist der WK mit kombinierten Infanterie-Artillerieschießen. Die gefechtstechnische Ausbildung mit scharfer Munition steht im Vordergrund. Hiezu dienen auch Gefechtsschießen im Zugs- und Kompagnieverband. Immerhin darf auch bei diesem Typ die Führerausbildung im Bataillon und Regiment nicht vernachlässigt werden. Neben dem kombinierten Scharfschießen sollten noch 2 Tage für Felddienstübungen verwendet werden. Wo keine verstärkten Regimenter gegeneinander angesetzt werden können, übt ein Regiment gegen einen ad hoc-Verband oder gegen eines der Bataillone. Die Genietruppen pflegen bei diesem WK-Typ besonders das Gefechtsschießen, die Verpflegungstruppen die Detailausbildung. Daher fällt hier die Versorgungspflicht anderer Truppen weg.

Die Divisionen 1, 3, 4, 5, 6 und 9, die Gebirgsbrigaden 10 und 12 sowie die Leichte Brigade 2 führen dieses Jahre WK vom Typ B und C durch. Die einzelnen WK-Gruppen bestehen aus einem oder zwei Infanterieregimentern mit zugeordneten Formationen der Artillerie, der Fliegerabwehr, der Genie-, Übermittlungs-, Sanitäts- und Verpflegungstruppen, in wechselnder Zusammensetzung. Die Leichte Brigade 2 mit den ihr unterstellten Spezialtruppen bildet eine eigene WK-Gruppe. Auch die drei Flugplatzregimenter bilden eigene WK-Gruppen, kombiniert mit Doppeltrainingskursen der Flieger-Staffeln, so daß in der zweiten und dritten Woche die Zusammenarbeit zwischen Bodenorganisation, fliegenden Verbänden, Übermittlungsorganen und Fliegerbeobachtungs- und Meldedienst geschult werden kann.

Besondere Verhältnisse liegen vor für die Fliegerabwehr aller Truppengattungen, die Sanitäts- und die Luftschutztruppen. Die *Fliegerabwehrtruppen*, wie die Flab.Kp. der Infanterie und die Flab.Züge der Artillerie leisten jeden zweiten WK als Schießkurs mit Scharfschießen gegen Schlepptziele, um vor allem ihre Schießausbildung auf einem guten Stand zu erhalten. Wo aus diesem Grunde in den Heereseinheitsmanövern eigene Flab-Formationen fehlen, werden sie durch solche der Armeefliegerabwehr ersetzt, damit der Einsatz der Fliegerabwehr in den Manövern doch geübt werden kann. Die *Sanitätstruppen* benötigen jährlich rund die Hälfte der WK-pflichtigen Bestände für den Krankenzimmerdienst in Schulen und Kursen (sog. Kaderdienst). Infolgedessen werden die Sanitätsabteilungen des Auszuges nur jedes zweite Jahr zum WK einberufen. So sind beispielsweise dieses Jahr nur die Sanitätsabteilungen 2, 7, 8, 9 (ohne Chir. Amb. IV/9), 11 und 12 zum WK im Abteilungsverband aufgeboten, während die Abteilungen 1, 3, 4, 5, 6, 10 und die Chir. Amb. IV/9 ihre Mannschaften für den Kaderdienst hergeben müssen. Diese Verhältnisse führen dazu, «daß die Einheiten ungenügend ausgebildet und deshalb nicht genügend kriegstauglich sind». Die in den letzten Jahren verbesserte Ausrüstung unserer Sanitätstruppen stellt somit nur «ein Instrument in lahmen Händen dar»¹⁾. Trotz vielfacher Bemühungen ist es leider bis jetzt nicht gelungen, eine Verbesserung dieses unhaltbaren Zustandes herbeizuführen. Die Anstellung ständiger Waffenplatz-Krankenwärter ist bisher an der Kostenfrage gescheitert. Die Sanitätsoffiziere sehen sich daher genötigt, offen auf den herrschenden Ubelstand und auf die notleidende Ausbildung der Sanitätstruppen hinzuweisen.

Für die WK der *Luftschutztruppen*, die alle außerhalb der Heereseinheiten stehen, ist ein Turnus von vier Jahren vorgesehen: Detailkurs, Kurs zur Schulung im Einsatz der Kompagnien, Kurs zur Schulung im Einsatz des Bataillons und Kurs mit praktischem Einsatz zur Brandbekämpfung und zum Rettungsdienst. Hiefür soll ein besonderes Übungsdorf geschaffen werden.

Für die Grenz-, Festungs- und Reduitbrigaden beginnt ein neuer Ausbildungs- turnus erst nächstes Jahr, so daß die *Auszugstruppen der Brigaden* dieses Jahr den WK nicht im Brigadeverband leisten können. Die *Füsilier- und Schützenbataillone* dieser Brigaden sind für den WK 1953 alle einem Infanterieregiment zugeteilt. Zum Teil treten sie an Stelle eines Bataillons, das seinen WK als Übungstruppe der Schießschule Walenstadt oder des kombinierten Schießkurses leistet. Andere Regimenter rücken dagegen mit 4 oder sogar mit 5 Bataillonen zum WK 1953 ein. Auf diese Weise werden die sogenannten selbständigen Füsilierbataillone in Zukunft von drei WK einen mit ihrer Brigade leisten, die beiden andern dagegen mit einem Auszugsregiment, wobei sie zum Teil auch an Heereseinheitsmanövern teilnehmen. Die Auszugsmannschaften der *Festungsformationen* werden für den WK in ad hoc- Verbänden zusammengefaßt und bilden dieses Jahr insgesamt 6 WK-Gruppen. Die in den Festungs-, Reduit- und Übermittlungskp. eingeteilten *Funker* des Auszuges leisten dieses Jahr den WK mit einer Funkerkp. des Auszuges.

Für die zum Ergänzungskurs im Jahre 1954 vorgesehenen Grenz-, Festungs- und Reduitbrigaden finden dieses Jahr erstmals *Offizierskurse* in der Dauer von 6 Tagen statt. Für die Bataillons- und Einheitskommandanten der Infanterie und der Dragonerkp. wird der Kurs als taktischer Kurs unter Leitung eines Divisions- oder Brigadekommandanten durchgeführt. Die Kommandanten der Fliegerabwehrkp. werden in einen Offizierskurs der Fliegerabwehrregimenter aufgeboten. Die Kurse für die Subalternoffiziere der Füsilier-, Schweren Füsilier- und Dra-

¹⁾ Major Zollinger: Sanitätstruppen in Not! Vierteljahrschrift für Schweizerische Sanitätsoffiziere, Nr. 1, Januar 1953, S. 33. Vgl. auch «Sanitätstruppen in Not» vom gleichen Verfasser in der Februar-Nr. der ASMZ.

gonerkp. werden in Verbindung mit einer WK-Gruppe durchgeführt. Für die verschiedenen Spezialisten werden zentrale Kurse in Verbindung mit den Grenadier-, Übermittlungs-, Fliegerabwehr- und Trainschulen der Infanterie sowie mit den Minenwerferschießkursen durchgeführt. Diese Kurse sollen den Ausbildungsstand der Landwehroffiziere heben und sie besser in die Lage versetzen, die Ausbildung der Mannschaften im Ergänzungskurs des folgenden Jahres zu leiten.

Die *Gebirgs-IWK* werden dieses Jahr von den Divisionen 1, 3, 4, 6, 8 und der Geb.Br. 12 im Winter durchgeführt, von den Divisionen 2, 5, 7, 9 und den Gebirgsbrigaden 10 und 11 im Sommer. Durch diese neue Aufteilung können Lehrpersonal und Unterkünfte besser ausgenutzt werden.

Auch dieses Jahr zeigt *das Rüstungsprogramm* seine Auswirkungen auf die militärische Ausbildung. Das neue schnellschießende *Mg. 51* wird in den WK nun auch in den Füsilier- und Schützenkp. an Stelle des lafettierten *Lmg.* eingeführt. Offiziere und Waffenmechaniker haben vor dem WK einen besonderen Einführungskurs von 6 bzw. 3 Tagen zu bestehen, während für die Unteroffiziere der Kaderkurs um einen Tag verlängert wird. Die Infanterie beginnt auf dem Waffenplatz Yverdon mit der Ausbildung von Rekruten und Kadern für die neue *9 cm Pak*, ein verbessertes und lafettiertes Raketenrohr, das zur Panzerabwehr ein Hohlgeschosß mit guter Wirkung bis auf etwa 500 m verschießt. Die Leichten Truppen führen diesen Sommer in Thun eine Panzer- und Pak-Rekrutenschule durch, in der erstmals Rekruten und Kader am *Leichtpanzer AMX* französischer Konstruktion ausgebildet werden. Die Aufstellung von Panzerabteilungen und die Bildung von Panzerabwehrkp. der Infanterieregimenter an Stelle der Ik.-Züge in den Bataillonen ist für 1954 vorgesehen.

Miles